

■ [lat.] = rauben

# privare

Berliner Bündnis gegen Privatisierung ■ Zeitung zur Abgeordnetenhauswahl 2006

## Den Raubzug stoppen!

### Zum Wohle der Allgemeinheit

Alle bisherigen Erfahrungen belegen, dass die Enteignung der Gesellschaft durch Privatisierungen keinesfalls im Interesse der Allgemeinheit geschieht. Damit steht die praktizierte Enteignungspolitik im direkten Widerspruch zum Grundgesetz, wo es unter Artikel 14 Absatz (3) heißt: „Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.“

### Impressum

Herausgeber:  
Berliner Bündnis gegen  
Privatisierung  
c/o Berliner MieterGemeinschaft e.V.  
Möckernstr. 92, 10963 Berlin  
Redaktion: Redaktionskollektiv  
V.i.S.d.P.: Hermann Werle  
Layout und Satz: Andreas Hesse  
Druck: Union Druckerei Berlin

Diese Zeitung entstand mit  
freundlicher finanzieller  
Unterstützung von:

**attac-berlin**  
**Berliner MieterGemeinschaft e.V.**  
**WASG Landesverband Berlin**



**Es ist Wahlkampf in Berlin – diese Zeit will das Berliner Bündnis gegen Privatisierung nutzen, um auf ein Thema aufmerksam zu machen, das alle betrifft. Entweder als Verbraucher/innen von Wasser und Strom oder als Mieter/innen, Patient/innen oder als Beschäftigte städtischer bzw. ehemals städtischer Unternehmungen.**

Seit Jahren wird Berlin ausverkauft. Bei den Verkäufen der Wohnungsbau-Gesellschaften, der Wasserbetriebe oder der geplanten Privatisierung der Berliner Sparkassen han-

delt es sich jedoch nicht um Entscheidungen, die in erster Linie der Berliner Haushaltslage geschuldet wären. Die leeren Kassen werden nur immer wieder zur Legitimierung herangezogen, allerdings ohne zu fragen, warum die Kassen eigentlich leer sind.

Doch die durch Steuergeschenke an Konzerne und an die „oberen Zehntausend“ geleerten Haushalte sind nur eine Seite der Medaille. Privatisierungen sind ein globales Phänomen. Unabhängig davon, wie leer die Kassen tatsächlich sind, wird alles an private Konzerne veräußert, was Gewinne verspricht: Wasser- und

Stromversorger, Wohnungen, Bahngesellschaften, Krankenhäuser etc. – die Liste ließe sich um viele Bereiche erweitern.

Private heißt rauben! Und die weltweit stattfindenden Privatisierungen können deshalb als globaler Raubzug angesehen werden, der allein den Interessen der Konzerne und Investmentgesellschaften dient. Diese haben in den letzten Jahren so viel Kapital angesammelt, dass sie kaum noch andere Anlagemöglichkeiten finden als die kommunalen Unternehmungen. Die politisch Verantwortlichen machen sich dabei zu willfährigen Gehilfen, wenn große Teile der sozialen Infrastruktur, die vielen Menschen eine Grundsicherung bot, privaten Verwertungsinteressen geopfert werden.

Die Folgen dieses Raubzugs ähneln sich überall – Stellenabbau, Preissteigerungen, schlechtere Qualität und eingeschränkte Serviceleistungen.

Überall in der Welt organisieren sich Menschen gegen diese Entwicklung und so auch in Berlin.

Diese Zeitung gibt einen Überblick über die Aktivitäten verschiedener Initiativen in dieser Stadt, die sich Anfang des Jahres im Berliner Bündnis gegen Privatisierung zusammengefunden haben, um gemeinsam gegen den Raubzug mobil zu machen.

Machen Sie mit, informieren Sie sich und besuchen Sie unsere Veranstaltungen! (Hinweise hierzu finden Sie auf der Seite 5.)

**Ihr Berliner Bündnis  
gegen Privatisierung**

# Ein Konto für alle!

## Drastische Erhöhung privater Insolvenzen

Laut einer Meldung des Wirtschaftsinformationsdienstes Creditreform stellten im ersten Halbjahr dieses Jahres 43.600 Personen einen Insolvenzantrag. Dies entspricht einer Steigerung von 40,9% gegenüber dem ersten Halbjahr 2005. Besonders dramatisch ist die Situation in Berlin, wo 3.540 private Verbraucher/innen Insolvenz anmeldeten – eine Steigerung um 47,5%. Nach Schätzungen der Senatsverwaltung gibt es in Berlin rund 165.000 überschuldete Haushalte. Hauptursachen für eine Überschuldung sind Arbeitslosigkeit, Krankheit und Scheidung.

## Monopolpreise

Im 16. Hauptgutachten „Mehr Wettbewerb auch im Dienstleistungssektor“, das der Bundesregierung im Juli überreicht wurde, kritisiert die Monopolkommission unter anderem die mangelnde „Wettbewerbsaufsicht über die Stromgroßhandels- und Regenergiemärkte“. In diesen Märkten gäbe es eine besondere Anfälligkeit „für preisbeeinflussende Angebotsstrategien marktmächtiger Erzeugungsunternehmen.“ Eingriffsmöglichkeiten bei Marktmanipulationen sehe das Energiewirtschaftsgesetz nicht vor, was „angesichts der großen Bedeutung dieser Märkte und der internationalen Erfahrung mit ihrer Manipulationsanfälligkeit“ ein „unverständliches Versäumnis des deutschen Gesetzgebers“ sei.

## Weitere Steuergeschenke

Im Juli billigte das Bundeskabinett die Pläne von Finanzminister Peer Steinbrück. Dem Kabinettsbeschluss zufolge wird die Steuerlast für Firmen von 2008 an von derzeit knapp 39% auf unter 30% sinken. Zuvor hatte der Bundesverband der Verbraucherzentralen vor weiteren Steuergeschenken für die Industrie und die Vermögenden gewarnt: „Die Politik der Entlastung von Unternehmen und großen Vermögen ist gescheitert. Der Effekt bei Wachstum und Beschäftigung ist nicht nachweisbar.“

Stellen Sie sich vor, Ihre Bank würde Ihnen das Konto kündigen und Sie bekämen kein Konto mehr bei einer anderen Bank. Sie könnten kein Geld mehr abheben oder auf ein anderes Konto überweisen und niemand könnte Ihnen Geld zukommen lassen. Folglich hätten Sie große Probleme, eine Wohnung zu mieten, einen Telefonanschluss einzurichten oder eine reguläre Arbeit zu finden. Ein völlig unrealistisches Horrorszenerario? Von wegen.

Zusammen mit der Bankgesellschaft will der Berliner Senat den

einzigsten werthaltigen Teil des Konzerns, die Berliner Sparkassen, zum Verkauf anbieten. Da Sparkassen nach deutschem Recht eigentlich gar nicht an private Investoren verkauft werden dürfen, ließ sich der Senat von der Wirtschaftskanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer ein neues Sparkassengesetz zurechtstüchern, das den Verkauf nun möglich machen soll.

In Großbritannien gibt es etwa 3,5 Millionen Haushalte, die ohne Girokonto auskommen müssen. Dies hat seine Gründe: Es gibt dort keine

öffentlich-rechtlichen Sparkassen, die man auf das Gemeinwohl verpflichten könnte. Der Markt ist unter wenigen Großbanken aufgeteilt und diese haben an armen Kunden kein Interesse.

Aber auch in Deutschland gehen Verbraucherschützer davon aus, dass bis zu einer halben Million Menschen kein Girokonto hat. Und laut einer Umfrage der Schuldnerberatungsstellen aus dem Jahr 2005 wurde 10% aller Arbeitslosen in Berlin-Brandenburg ein Girokonto verweigert. Dies ist ein Skandal, der beendet werden muss!

Die Erfahrung in Berlin hat gezeigt, dass eine freiwillige Verpflichtung der Banken nicht ausreicht, um ein „Konto für jedermann“ durchzusetzen. Hier muss eine gesetzliche Verpflichtung her! Zumindest Sparkassen können vom Gesetzgeber dazu gezwungen werden, für jeden ein Konto einzurichten. In Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und anderen Bundesländern ist dies bereits Realität. Warum nicht in Berlin?

Das Berliner Bündnis gegen Privatisierung fordert den Berliner Senat dazu auf, dem Beispiel anderer Länder zu folgen und ein einklagbares Recht auf ein Girokonto im Sparkassengesetz zu verankern!



Kontakt zur „Initiative Berliner Bankenskandal“:  
[buero@berliner-bankenskandal.de](mailto:buero@berliner-bankenskandal.de)

Weitere Informationen unter: [www.berliner-bankenskandal.de](http://www.berliner-bankenskandal.de)

## ANZEIGE:

### SPARKASSE ZU VERKAUFEN

Wegen der extremen Haushaltsnotlage sehen wir uns gezwungen, unsere Sparkasse zu verkaufen. Es handelt sich um ein äußerst attraktives Objekt: Mit über 150 Filialen und knapp 1,9 Millionen Kunden verfügt die Berliner Sparkasse über einen Marktanteil von fast 50%. Jährliche Gewinne von 35 Millionen Euro sind Ihnen sicher – und diese lassen sich selbstverständlich steigern, indem Filialen geschlossen, Personal abgebaut und Löhne gesenkt werden.

Und was das Beste ist: Sie erwerben den Namen und das Logo der Sparkasse gleich mit! Das rote „Sparkassen-S“ zählt zu den populärsten Firmenlogos in Deutschland. Der Sparkassen- und Giroverband, dem die Marke bislang noch gehört, schätzt allein den Wert der Marke auf einen zweistelligen Milliardenbetrag!

Sie müssen auch nicht besorgt sein, dass es nach deutschem Recht verboten ist, wenn auch Private den Namen „Sparkasse“ verwenden. Dank unserer Intervention bei der EU-Kommission wird der entsprechende Paragraph bald abgeschafft!

**Also greifen Sie zu! Bieten Sie mit!**  
**Der Senat des Landes Berlin**

\*[für] alle  
**Konto**

## Arbeitskreis Gesund und Munter

Die Berliner Krankenhäuser unterliegen seit Jahren einem beispiellosen Bettenabbau. Bis 2008 sollen weitere 800 Betten wegfallen und Krankenkassen und Senat möchten noch weiter gehen. Die Bevölkerung wird durch diese Therapie nicht gesünder. Liegezeiten werden immer kürzer, nicht nur medizinisch begründet. Die Zahl der Behandlungsfälle steigt, nicht selten durch Drehtüreffekte. Ergebnis: Die Arbeitsdichte für Ärzte und Pflegepersonal steigt unaufhörlich.

Gestresstes Personal macht mehr Fehler, muss die Qualität der Arbeit reduzieren und wird schließlich selbst krank. Und das bei Arbeitszeiterhöhungen und immer weiteren Gehaltseinbußen. Die Geschäftsleitungen von Charité, Vivantes und anderen stört das nicht. Sie peilen höhere Gewinne an. Im Wettbewerb um begehrte Spitzenpositionen wollen sie glänzen und absahnen. Jüngst legte der Senat fest, dass Vivantes 2009 18,7 Millionen Euro Gewinn zu machen habe (2005: 6,1 Millionen). Auf dem Weg dahin riskiert man offensichtlich noch manche Leiche im Keller. Im letzten Jahr erklärte die Pflegedirektion, dass es nicht mehr um „gute Pflege“ gehe, sondern nur noch um „ausreichende Pflege“. Jahrelanger Einstellungsstopp, schlechte Personalbesetzung, Austausch von Fachkräften durch Hilfskräfte und zunehmender Einsatz von Leiharbeitskräften erhöhen die Risiken für die Patient/innen. Versor-

# P Diagnose: \*[gier] Profit



gungs- und Funktionsbereiche, wie Küche, Technik und Labor werden zentralisiert und ausgegliedert. Die Folgen sind Lohndumping bis hin zu Ein-Euro-Jobs und schlechtere Leistungen. Die Betreiber wollen schließlich Geld verdienen. Und so bleibt auch schon mal der Aufzug unbemerkt stecken. Um die Gewinne zu realisieren, sollen Patient/innen eine schlechtere Versorgung in Kauf nehmen.

Das Land Berlin hat sich aus der Instandhaltung der Krankenhäuser zurückgezogen. Das fehlende Kapital sollen nun private Geldgeber bringen. Bei „Public-Private-Partnership“ (PPP) tritt der Investor als Retter auf und kann sich seine Gewinne durch den öffentlichen Träger garantieren lassen. Die Charité setzt bereits auf PPP. Und man geht dort

sogar noch weiter: Die gesamten Unikliniken wurden in 17 Zentren umstrukturiert, die als konkurrierende Profitcenter mit eigenen Budgets arbeiten. Wer da Miese macht, wird geschlossen oder verkauft. Der Berliner SPD/L.PDS-Senat förderte dies, indem er ein Universitätsmedizinergesetz durchsetzte, das die Charité zum selbständigen Wirtschaftsunternehmen macht.

Das freut die Klinikkonzerne, die in Berlin weiter expandieren werden. Mit einem Übernahmeangebot zeigte die Rhön-Kliniken AG bereits 2004 ihr Interesse an Vivantes, wozu Finanzsenator Sarrazin meinte, die Braut sei „noch nicht geschmückt“. Besonders aggressiv geht Helios vor. Kürzlich vom Pharmakonzern Fresenius übernommen, schluckt dieser in Berlin immer weitere Kliniken.

Seit mehreren Jahren wird die Krankenhausfinanzierung auf diagnosebezogene Fallpauschalen umgestellt. Danach wird gemäß einem Katalogsystem jedem „Fall“ ein fester Preis zugeordnet, unabhängig von den realen Kosten. Die Krankenversorgung wird marktförmig dem Wettbewerb um die geringsten Kosten und höchsten Gewinne unterworfen.

Der Senat hat seinen Beitrag zur „Entstaatlichung“ geleistet. Bald droht der Ausverkauf der Krankenversorgung bei Vivantes und Charité. Das gilt es zu verhindern. Die gelauenen Teil-Privatisierungen müssen rückgängig gemacht werden.

Kontakt:  
gesundundmunter@gmx.net

## Kliniksterben

Krankenhäuser gehören zu den Verlierern der geplanten Gesundheitsreform. Wie das „Deutsche Ärzteblatt“ meldet, sollen die Krankenhausbudgets pauschal um 1% gekürzt und die Kliniken zu Anschubfinanzierungen für ambulante Versorgungseinrichtungen verpflichtet werden. Bei einem Investitionsstau von 50 Milliarden Euro würden diese Belastungen das Krankenhaussterben beschleunigen und die Patientenversorgung kurz- und mittelfristig gefährden. Die Politik versuche „leise, still und heimlich – durch bewusst herbeigeführte Pleiten die Zahl der Kliniken zu reduzieren“, so der Präsident der Ärztekammer Westfalen-Lippe, Dr. med. Theodor Windhorst.

## Neue Bündnisse

Der Raubzug der Privatisierer stößt auf zunehmenden Widerstand. Stellten sich bislang in der Regel kleinere Initiativen gegen den Verkauf kommunaler Einrichtungen, entstehen derzeit überall in der Republik größere Bündnisse, allein in diesem Jahr unter anderem in Kiel, Lübeck, Hamburg, Kassel, Frankfurt, Essen, Pforzheim und Berlin. Größeres Gewicht erhalten diese Bündnisse dadurch, dass gewerkschaftliche Gruppen, linke Oppositionsparteien, Bürgerinitiativen sowie Naturschutz- und Mieterorganisationen zusammen agieren.

## RWE unbeliebt

Für Schlagzeilen in der britischen Presse sorgt RWE. Überall wird RWE dafür gescholten, dass die Tochtergesellschaft Thames Water die Preise anhebt und Rekordgewinne einfährt, aber zu wenig in die Sanierung des Leitungssystems investiert. Wie dpa berichtete, müssen die Verbraucher im Großraum London auf das Bewässern ihrer Gärten verzichten. Bei Verstößen drohen 1.500 Euro Strafe. Weitere Einschränkungen der Wassernutzung hat die RWE-Tochter bereits beantragt. Ursache der Wassernot sind marode Leitungen, durch die täglich 894 Millionen Liter Wasser im Erdreich versickern.



Warnstreik der Beschäftigten der Charité

## Wahltag plus Volksabstimmung

Etwa 2,4 Millionen Berliner/innen sind am 17.09.2006 zu den Wahlen des Berliner Abgeordnetenhauses und rund 2,6 Millionen zu den Wahlen der Bezirksverordnetenversammlungen (BVVen) registriert. An den BVV-Wahlen dürfen sich auch die in Berlin lebenden EU-AusländerInnen und erstmals 16- und 17-jährige Jugendliche beteiligen. Außerdem wird in einer Volksabstimmung darüber entschieden, ob die hohen Hürden für Volksbegehren und Volksentscheide niedriger gehängt werden sollen.

## Weitere Wohnungsverkäufe nach den Wahlen

Der Berliner Senat plant den Verkauf von 15.000 Wohnungen der Wohnungsbaugesellschaft Mitte (WBM). Nach Informationen des 'Tagesspiegel' sollten die Pläne eigentlich geheim bleiben, da die Wahlversprechen von SPD und L.PDS damit Makulatur wären.

## Erfolg

Einen Zwischenerfolg vermeldete die Bürgerinitiative „Wohnen ist Menschenrecht“ aus Freiburg. Gegen den Verkauf der 8.900 städtischen Wohnungen sammelte die Initiative über 27.700 Unterschriften, so dass es voraussichtlich im November zu einem Bürgerentscheid kommen wird, dem große Erfolgsaussichten eingeräumt werden.

## GSW-Wohnungen zum Schleuderpreis

Mit dem Verkauf der GSW sei gezeigt worden, dass in Berlin „Immobilien günstig zu haben sind“, so der Immobilienexperte Philipp Tabert. Seither habe in Berlin ein Immobilienboom eingesetzt und „Berlin ist gefragt wie nie zuvor“. Entgegen der Behauptungen des Berliner Senats, war der Verkauf der GSW also nicht nur wohnungspolitisch, sondern auch finanzpolitisch ein Fiasko. Auch wenn Berlin alle seine Wohnungen verschern beln würde, liebe sich der Haushalt damit nicht sanieren, so Tabert.

# W\* [für alle] Wasser statt Geld für Wenige

## Anette Henbler, Berliner Wassertisch

Ärgern Sie sich auch über die ständig steigenden Kosten für Ihre Wohnung? Die so genannten Nebenkosten werden schon längst zweite Miete genannt.

Im Juni 2004 erhielten wir einen Brief von unserer Wohnungsbaugenossenschaft: „Wie Sie sicher den Medien entnommen haben, sind die Wasser-, Abwasser- und Niederschlagswasserentgelte in Berlin ab dem 01.01.2004 um ca. 15% gestiegen. Das bedeutet pro Haushalt und Jahr eine Mehrbelastung von durchschnittlich 50 bis 100 Euro.“

Die Berliner/innen zahlen die höchsten Wasserpreise in Deutschland. Begründet wird der Preisanstieg mit dem geringen Verbrauch. Aber das ist eine fette Lüge. Denn mit der Teilprivatisierung der Wasserbetriebe wurden den privaten Investoren Gewinne von rund 8% vertraglich garantiert.

In unserem Kino in Friedrichshagen lief der Film „Wasser unterm Hammer“, eine Koproduktion von KernTV und dem NDR, der auch schon im Fernsehen zu sehen war. Mit beeindruckenden Bildern unter anderem aus London, Hamburg und Berlin belegt dieser Dokumentarfilm etliche Missstände, die Folge der Privatisierung sind. Ludwig Pawlowski, der bis Juli 2005 Vorstandsmitglied der Berliner Wasserbetriebe war, zeigt sich darin ganz überrascht: „Wir hätten auch nicht so eine Gewinnsteigerung geplant.“ Er meint, ohne die 1999 vollzogene Teilprivatisierung wären diese Gewinne auch nicht planbar gewesen.

Dazu ein weiterer Originalton des Films: „Im privaten Konsortialvertrag wurde festgelegt, dass eine Renditegarantie gezahlt wird. Und das bedeutet: Egal, was die Wasserbetriebe an Gewinn erwirtschaften, entweder über die steigenden Wasserpreise oder Einsparung von Kosten, die Rendite für die Privaten

ist sicher und sie wird immer gezahlt.“ Daraus folgt, dass wenn die Gewinne nicht aus dem laufenden Geschäft erzielt werden, ist der Berliner Senat verpflichtet nachzuschließen. 2004 musste Berlin deshalb auf 41,2 Millionen Euro verzichten. Der Wasserpreis stieg im gleichen Jahr um 15% und in den Folgejahren um weitere 15%. Die Privatisierung hat also keine Haushaltslöcher gestopft, wie immer behauptet wird, sondern langfristig neue aufgerissen.

Senator Harald Wolf erklärte im Abgeordnetenhaus, er müsse die Investitionen der Wasserbetriebe absenken, um die Preise nicht so steigen zu lassen. Mit dem faden-scheinigen Argument, die Wasserbetriebe würden gegenüber der Konkurrenz benachteiligt werden, verteidigte Wolf zudem die Geheimhaltung der Kalkulation der Wasserpreise. Welche Konkurrenz, fragen sich die Berliner/innen völlig zu Recht.

Die Episoden des Dokumentarfilms aus London, wo RWE das Wassergeschäft ebenfalls betreibt, sind besonders gruselig. Alltag in der britischen Hauptstadt: In einer Straße sind die Wasserrohre innerhalb von zwei Jahren viermal geplatzt und jedes Mal gab es zehn Tage lang kein Wasser. Über einen zu langen Zeitraum wurden Rohre nicht erneuert, sondern nur geflickt, um Investitionen, sprich Kosten einzusparen. Es gibt Stadtteile, da fließt in den oberen Stockwerken häufig gar kein Wasser, weil RWE den Wasserdruck absenkt, damit nicht noch mehr Rohre platzen.

Mut machen die Filmszenen aus Hamburg. Dort hat ein Bürgerbegehren die Wasserprivatisierung verhindert.

Auch wir wollen unser Wasser wieder und treffen uns deshalb regelmäßig zum Berliner Wassertisch:

Jeden 1. Dienstag im Monat um 19 Uhr im Stadthaus Böcklerpark Prinzenstraße 1, Kreuzberg, Nähe U-Bahnhof Prinzenstraße.

Weitere Informationen unter: [www.attacberlin.de](http://www.attacberlin.de)  
Die DVD „Wasser unterm Hammer“ kann man übrigens bestellen bei: [www.kerntv.de](http://www.kerntv.de)



Haben Sie die Werbeplakate der Berliner Wasserbetriebe gesehen? „Wasser ist unser Auftrag“. Es fehlt der Zusatz: „Profit ist unser Ziel!“

Gerlinde Schermer engagiert sich seit vielen Jahren gegen Privatisierungen und ist Sprecherin des Donnerstagskreises der SPD.

**privare:** Frau Schermer, halten Sie Privatisierungen für grundsätzlich falsch?

**Gerlinde Schermer:** Ja! Das Land Berlin hat die meisten und frühesten Erfahrungen mit dem Verkauf öffentlichen Eigentums. Keiner dieser Verkäufe an Private ist ein Erfolg geworden. Bei Gas, Wasser und Strom steigen die Preise, und zwar stets wegen der Rendite für die Erwerber. Und dabei ist nicht einmal berücksichtigt, dass durch Entlassungen, Lohnsenkungen und Kürzungen der Investitionen die Steuereinnahmen sinken und die Belastungen des Sozialsystems steigen. Gesellschaftlich und Volkswirtschaft ist dieser Weg ein Irrweg.

**privare:** Mit der Zauberformel Public-Private-Partnership (PPP) also dem partnerschaftlichen Zusammenwirken von Öffentlicher Hand und Privatwirtschaft, sollen im Bezirk Reinickendorf Schulen privatisiert werden. Was haben Eltern und Schüler/innen zu befürchten?

**Gerlinde Schermer:** Berlin hat zwei große Beispiele von PPP – die Bankgesellschaft (1994) und die Wasserbetriebe (1999). Mehr braucht man eigentlich nicht zu sagen. Vordergrundig geht es um die Sanierung aller Schulen zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Dabei werden die Bauleistungen teurer erbracht, als wenn der Staat sie selbst vornehmen würde. Überdies bindet sich der Staat für 20 bis 30 Jahre an einen Privaten, der diese Schule an diesem Ort betreibt. Die Schülerzahlen sinken aber teilweise dramatisch. Viele Schulen wird man bald nicht mehr brauchen oder anderen Zwecken zuführen müssen. Anderswo müssen Schulen gebaut werden. Wenn der Staat diese Veränderungen vornehmen will, muss er diese als Vertragsänderungen teuer bezahlen. Den Schaden hat die Gesellschaft zu tragen und künftige Generationen von Kindern und Eltern.

**privare:** Was bedeutet dies für die Beschäftigten und für die Zukunft des Bildungswesens?

# Gesellschaftlich ein Irrweg

## Interview mit Gerlinde Schermer



**Gerlinde Schermer:** Die Hausmeister und andere nichtpädagogische Arbeitskräfte werden nach einer Übergangsphase in prekäre Beschäftigungsverhältnisse ohne soziale Sicherheit gedrängt, wie dies auch heute schon geschieht. Neue pädagogische Konzepte erfordern meist besondere räumliche Gegebenheiten und damit bauliche Umgestaltung. In Berlin hat man schon einmal den Fehler begangen mit den sogenannten Mittelstufenzentren, die mit Milliardenaufwand erstellt wurden. Von diesen Mittelstufenzentren steht nicht eines mehr, das nicht gänzlich umgebaut wurde. Unter PPP würde eine solche Umgestaltung unbezahlbar.

**privare:** Mit PPP wollen die Gemeinden bundesweit versuchen, ihre Schulden abzubauen. Geht diese Rechnung auf?

**Gerlinde Schermer:** PPP ist nichts anderes als eine verschleierte Neuverschuldung zu besonders ungünstigen Bedingungen. Die Schulden werden also dramatisch wachsen. Sie tauchen allerdings in den Haushalten als „Verpflichtungsermächtigungen“ und nicht als Schulden auf. Dieser Buchungstrick wird teuer bezahlt. Egal wer an der Regierung ist: Die Raten aus den geheimen Verträgen müssen bezahlt werden.

**privare:** Untersuchungen des Instituts für Urbanistik haben ergeben, dass Kommunen mit PPP-Modellen negative Erfahrungen gemacht haben – offenbar ohne Wirkungen auf die politisch Verantwortlichen. Wo sehen Sie Eingriffsmöglichkeiten für die betroffenen Bürger?

**Gerlinde Schermer:** Politiker denken meist nur bis zu den nächsten Wahlen – die Bürger/innen leider auch! Deshalb neigen Politiker dazu, „Wohltaten“ jetzt zu erbringen, die andere später bezahlen müssen. Darauf beruht der Erfolg derjenigen, die PPP-Systeme verkaufen, die Beraterbranche, die daran bestens verdient. Aufgeklärte und kritische Bürger/innen müssen die Kandidat/innen für das Abgeordnetenhaus befragen und dürfen nur diejenigen wählen, die eindeutig und unmissverständlich zusichern, keiner weiteren Privatisierung und keiner PPP-Maßnahme ihre Stimme zu geben. Ich halte auch diejenigen für nicht wählbar, die ausweichend antworten, etwa mit der Floskel: „Grundsätzlich bin ich gegen Privatisierungen und werde jeden Fall kritisch hinterfragen.“ Die finden immer eine Finte, die ihnen die Zustimmung ermöglicht, wenn sie erst gewählt sind.

**Das Gespräch führte Christian Linde**

### Veranstaltungen:

Unter dem Titel „Privatisierung verstehen – Strategien entwickeln“ beginnt im September eine Reihe von Veranstaltungen des Berliner Bündnisses gegen Privatisierung:

**Freitag, 8. September 2006**

#### „Ein Konto für alle – Argumente gegen den Verkauf der Sparkassen“

Voraussichtlich noch in diesem Jahr wird im Berliner Abgeordnetenhaus über die Zukunft der Berliner Sparkasse entschieden. Über die möglichen Folgen einer Privatisierung und Gegenwehr informieren Ulla Pingel (Erwerbslosenausschuss ver.di) sowie Sabine Finkentheil und Benedict Ugarte Chacon von der „Initiative Berliner Bankenskandal“.

**Freitag, 22. September 2006**

#### „Bahn frei für Privatisierungspolitik?“

Am 29. September 2006 soll der Bundestag über den Verkauf der Deutschen Bahn entscheiden. Wir sagen: Die Bahn gehört allen und nicht an die Börse! Informationen zu den Verkaufsplänen und zum Stand der Kampagne „Bahn für alle“ von Kerstin Fürst (Vertrauensfrau der Gewerkschaft TRANSNET), Klaus Ihlau (Rundfunkjournalist) und dem Bahn- und Verkehrsexperten Winfried Wolf.

**Freitag, 6. Oktober 2006**

#### „Gesundheitsreformen machen krank! – Auf dem Weg in die Zwei-Klassen-Medizin“

Was verbirgt sich hinter den letzten Reformen im Gesundheitswesen und dem Fondsmodell zur Finanzierung der Krankenversorgung? Wie wirken sich Sparprogramme und Privatisierungen in Krankenhäusern aus? Antworten auf diese Fragen von Nadja Rakowitz vom Institut für Medizinische Soziologie in Frankfurt/Main und vom Arbeitskreis „Gesund und Munter“.

**Beginn jeweils um 19 Uhr in der Medien Galerie im „Haus der Buchdrucker“**

Dudenstraße 10, 10965 Berlin U-Bhf. Platz der Luftbrücke.

**Joachim Oellerich,  
Berliner Mietergemeinschaft**

Das hätten sich vor fünf Jahren die Liberalen in ihren kühnsten Träumen nicht vorgestellt: die rot-rote Koalition hat in dieser Legislaturperiode einen Superrekord im Verkauf öffentlicher Wohnungen aufgestellt. 55% aller Verkäufe seit 1990 gehen auf das Konto dieser Regierung. Allein 65.000 Wohnungen wurden auf einen Schlag durch den Verkauf der GSW an den Finanzinvestor Cerberus entsorgt. Für die „Heuschrecken“ war diese Regierung ein Segen.

Doch zufrieden sind sie noch lange nicht, denn es gibt noch einiges zu privatisieren.

„Öffentliches Eigentum ist kein Selbstzweck“, meint der Herr Dr. Lederer, seines Zeichens Landesvorsitzender der L.PDS, und die Investoren verstehen es als ein nach den Wahlen einzulösendes Versprechen.

Bereits jetzt beherrschen die Fonds der Investoren Cerberus, Lone Star, Apellas, Blackstone usw. den Immobilienmarkt der Stadt.

Ihre Namen klingen wie zweitklassige Rockgruppen und ge-

# Berlin Mieterstadt Nistplatz für Heuschrecken

meinsam ist ihnen, dass sie mit der klassischen Wohnungswirtschaft nichts zu tun haben. Wohnungen werden sie nicht bauen und sie werden auch keine Wohnungen selbst verwalten. Sie werden Wohnungen nur noch verwerten. Darunter ist zuerst der Handel mit Wohnungen zu verstehen. Ganze Siedlungen oder Blöcke werden gekauft und Mietwohnungen in Eigentumswohnungen umgewandelt und verhökert. Der hiesige Immobilienmarkt ist für internationale Investoren höchst attraktiv. Hinter der ersten Käufergeneration lauert die zweite und selbst eine dritte kündigt sich bereits an.

Alle wollen verdienen und je mehr Geld investiert wird, desto mehr Gewinne werden erwartet. Die Mieterhöhungspotenziale werden ausgereizt und wo das nicht genügt, werden Modernisierungen vorgenommen, die den Mieter/innen nicht nützen, aber ein Anreiz für die zukünftigen Wohnungseigentümer sein sollen.

„Ohne einen Balkon kann man doch heute keine Wohnung mehr verkaufen“, meinte ein Angestellter der neuen Investoren. Und so werden überall Balkone angeschraubt, die von den Mieter/innen als Modernisierungen bezahlt werden sollen.

In der Hüttenwegsiedlung hat Apellas noch viel mehr geplant. Hier soll eine ganze Siedlung so aufbereitet werden, dass sie nur noch für Besserverdienende taugt.

Was die neuen Eigentümer tun, ist vielfältig. Eindeutig ist, was sie nicht tun werden: Sie werden weder eine mietpreisdämpfende Wirkung auf den Markt ausüben, noch werden sie Anstrengungen unternehmen, um die Wohnungsverorgung für sozial benachteiligte Familien zu sichern. Sie werden die Gewinne nicht in den Wohnungsbau investieren und auch nicht in die Instandhaltung, sie werden ihre Gewinne nicht einmal in der Stadt lassen.

Sie werden die ehemals öffentlichen Bestände des von Steuermitteln errichteten sozialen Wohnungsbaus ausquetschen und sie werden, wenn sie damit fertig sind, es der Stadt überlassen, die erforderlichen Mittel aufzubringen, um die angerichteten wirtschaftlichen und sozialen Schäden zu beseitigen.

Kontakt und  
Informationen:  
[www.bmgev.de](http://www.bmgev.de)



## Keine Privatisierung des Bethanien!

### Initiative Zukunft Bethanien

Im Jahr 2002 beschloss das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg die Privatisierung des früheren Krankenhauses Bethanien am Mariannenplatz als kommerzielles „kulturelles Gründerzentrum“. Doch dann wurde der leer stehende Südflügel des Bethanien besetzt. Die Initiative Zukunft Bethanien (IZB) führte ein erfolgreiches Bürger/innenbegehren gegen die Privatisierung und für ein kulturelles, künstlerisches, soziales und politisches Zentrum „von Unten“ durch. Doch die Privatisierungspläne sind noch nicht vom Tisch.

Die Privatisierung öffentlicher Gebäude ist Teil Berliner Politik. Viele Gebäude sind bereits verkauft oder sollen demnächst verkauft werden. Dabei wird der Zwang, öffentliches Eigentum zu verkaufen und statt dessen Flächen wieder teuer anzumieten, durch eine skandalöse Kostenrechnung konstruiert: Diese geht davon aus, als Wert der Gebäude in den Rechnungsbüchern nicht den

zu erzielenden Verkaufswert anzunehmen. Statt dessen wird der Wert zugrunde gelegt, der dem identischen Wiederaufbau des Gebäudes entspricht und oft viel höher ist. Der sogenannte Buchwert, so die Annahme, könnte dann auf dem Kapitalmarkt Zinsen erwirtschaften. Seit 2005 wird diese angenommene Summe den Bezirken bei der jährlichen Mittelzuweisung vom Senat abgezogen.

Beispiel Bethanien: Der theoretische Buchwert beträgt 32 Millionen Euro. Unter Zugrundelegung dieses Werts zieht der Senat derzeit dem Bezirk jedes Jahr 900.000 Euro ab. So ist bezirkliches Eigentum nicht mehr finanzierbar und Mieten für den Bezirk billiger.

Der reale Verkaufswert bei der angestrebten Privatisierung des Bethanien beträgt jedoch nur ungefähr 2,6 Millionen Euro. Würde dieser Wert der Berechnung zugrundegelegt, würden dem Bezirk jährlich nur ca. 90.000 Euro vom Senat abgezogen.



Diese Summe könnte, wie auch alle anderen anfallenden Kosten (Sanierung, Betriebskosten, Instandhaltung, Verwaltung etc.) von den Nutzern des Bethanien aufgebracht werden. Das Bethanien würde öffentliches Eigentum bleiben – und doch den Bezirk keinen Cent kosten. Dieses Zahlenspiel betrifft alle Gebäude im Bezirksvermögen. Viele

öffentliche Einrichtungen sind daher in ihrem Fortbestehen gefährdet. Die Möglichkeiten kultureller und sozialer Teilhabe werden damit für immer größere Bevölkerungsteile abgeschafft. Kämpft mit uns gegen die Privatisierung des Bethanien und der Stadt!

Kontakt und weitere Informationen: [www.bethanien.info](http://www.bethanien.info)

## Eberhard Rehling

Die Privatisierung des Vermögens der DDR durch die Treuhandanstalt dürfte das bisher größte Beispiel für die Enteignung einer ganzen Gesellschaft sein. Die Treuhandanstalt wandelte mit Beginn ihrer Tätigkeit 1990 die volkseigenen Betriebe (VEB) sofort in selbständige Kapitalgesellschaften um und verlangte die Erstellung von Eröffnungsbilanzen. Das Treuhandvermögen (8.500 Kombinate, 20.000 Gewerbe- und Handelsbetriebe, 3,68 Millionen Hektar landwirtschaftliche Fläche, 25 Milliarden Quadratmeter Immobilien) belief sich danach auf 600 bis 700 Milliarden DM. Die Finanzmittel wurden in Bankkredite umgewandelt. Mit der Gründung trat gleichzeitig und übergangslos eine Verschuldung dieser neuen Unternehmen ein.

Es ist hier nicht der Platz, die Zusammenhänge ausführlich darzustellen – nur soviel: Die Treuhandanstalt zog sehr schnell die Schlussfolgerung, dass die beste Sanierung die

# P\*der DDR Privatisierung

Privatisierung sei. Die DDR-Betriebe wurden zu Schleuderpreisen, oft für 1 DM, einschließlich der Kundenkarteien verkauft. Den Erlösen dieser Privatisierungen in Höhe von 60 Milliarden DM standen Ausgaben von über 300 Milliarden gegenüber, woraus sich nach Schätzungen eine Schuldenlast der Treuhandanstalt von über 250 Milliarden DM ergab. Kanzler Kohl sprach damals von einer „historisch einmaligen Leistung“.

Im Zuge der Privatisierung des DDR-Vermögens ist ein gewaltiger Zuwachs an Privatvermögen in der Alt-BRD zu verzeichnen. Die niedrigen Verkaufspreise und die Zusatzprofite bei dem Eindringen in die

neuen Märkte sowie die erheblichen Spekulationen mit dem neuen Eigentum haben ihre Früchte getragen.

Die Geldvermögen in Deutschland stiegen in der Zeit von 1992 bis 1999 um 2,6 Billionen DM oder um 64%. 2004 beliefen sie sich auf 4 Billionen Euro, wovon ca. 2 Billionen bei 8 Millionen Bundesbürgern konzentriert waren – Aktionären, Gesellschaftern, Managern, Politikern, Juristen und anderen Privilegierten. Gleichzeitig ist eine wachsende Verschuldung des Staates und der öffentlichen Hände zu verzeichnen. Offensichtlich gibt es hier Zusammenhänge.

Die Führungskräfte der Treuhandanstalt, die Berater bei der Pri-

vatisierung und die Liquidatoren der VEB bereicherten sich in vorher nie gekannter Weise. Für die Privatisierung der DDR-Betriebe wurden an Berater – darunter die Firmen Roland Berger und Mc Kinsey – Honorare in Höhe von 529,3 Millionen DM bezahlt. Allein die zehn Top-Liquidatoren erhielten jeder im Schnitt 12,1 Millionen DM. Die Summe der Verwaltungsausgaben der Anstalt betrug bis 1994 25 Milliarden DM.

Doch warum ließ sich die Bevölkerung der DDR so leicht enteignen? Eine interessante Frage, auf die es nicht nur eine Antwort gibt. Einmal war das Eigentümerbewusstsein infolge der Anonymität des Eigentums unzureichend entwickelt. Zum anderen wurde die Öffentlichkeit mit nie erfüllten Versprechungen beruhigt, erinnert sei nur an die „blühenden Landschaften“. Und schlussendlich war die kriminelle Energie, mit der die Enteignung erfolgte, unvorstellbar groß. Aspekte, wie wir sie auch bei den aktuell vollzogenen Privatisierungen vorfinden.

## Nirgendwo sind die Preise gefallen

### Interview mit Werner Rügemer

Werner Rügemer ist Publizist und Lehrbeauftragter an der Universität Köln. In seinem neuen Buch zieht er eine Bilanz der Privatisierungen in Deutschland seit der Übernahme der DDR.

**privare:** Ihr Buch erweckt den Eindruck, die Bevölkerung würde von den Politiker/innen belogen und betrogen. Was ist Ihre Kritik an den Privatisierungen?

**Werner Rügemer:** Die Privatisierung führt in allen Varianten – (Teil-)Verkauf von öffentlichen Unternehmen, Dienstleistungs- und Mietverträge – zu einer zusätzlichen, langfristigen Verschuldung von Staat und Kommunen. Bisherige Einnahmen aus Stadtwerken, Wohnungsgesellschaften und anderen öffentlichen Unternehmen fallen weg. Nirgendwo sind nach einer Privatisierung die Preise und Gebühren für Müll, Wasser, Abwasser, Wohnungen usw. gefallen, im Gegenteil. Zudem werden bei allen Privatisie-

rungen Arbeitsplätze abgebaut. Die mittel- und langfristigen Effekte der Privatisierung stehen im krassen Gegensatz zu den Versprechungen.

**privare:** Wie kommt es, dass all dies so reibungslos funktioniert und dabei so wenig bekannt ist?

**Werner Rügemer:** Die Parlamentarier, Abgeordneten und Stadträte bekommen nie die ganzen Vertragswerke zur Entscheidung vorgelegt. Die Privatunternehmen verlangen Geheimhaltung, wegen „Betriebsgeheimnissen“. Die entscheidenden „Feinheiten“ wie die Gewinngarantien für die private Seite bleiben den politischen Beschlussgremien unbekannt.

**privare:** Das richtet sich doch ganz offensichtlich gegen die Interessen der Bürger/innen. Warum stimmen die Abgeordneten in den Parlamenten dem zu?

**Werner Rügemer:** Sie stimmen immer nur über kurze Zusammenfassungen ab, in denen wesentliche Vertragsbestandteile fehlen. Meistens werden die Zusammenfassungen ebenso wie die Privatisierungsverträge von den Anwälten

der Privatunternehmen verfasst.

Zweitens kann man durch Privatisierung kurzfristig zeigen, dass „man etwas tut“ – durch den Verkauf von Wohnungen oder Stadtwerken kommt erstmal ein Millionenbetrag in die Kasse, durch die Beauftragung eines Investors werden erstmal ein paar Schulen saniert. Drittens weil die Spitzen aller „staatstragenden“ Parteien inzwischen überzeugt sind, dass die privaten Unternehmen sowieso alles besser können.

**privare:** Es scheint, dass der Staat sich grundlegend verändert. Sehen Sie Parallelen zum Abbau des Sozialstaats?

**Werner Rügemer:** Nicht nur der Sozialstaat, sondern auch der Rechtsstaat und die Demokratie werden abgebaut. Durch die Geheimhaltung erweist sich die Kontrollfunktion der Parlamente als Farce. Aber auch die Kontrolle der kommunalen Rechnungsprüfungsämter, der Landesrechnungshöfe und des Bundesrechnungshofes fällt weitgehend aus. Durch Privatisierung übernehmen die Investoren die Gestaltung der Gemeinschaftsbelange. Diese Belange

verändern sich damit aber in private Beziehungen zwischen Unternehmen und Kunden. Der Staatsbürger wird zum Privatkunden degradiert. Und haben Sie schon einmal versucht, bei einem privatisierten Unternehmen wie der Post, der Bahn, der Telekom eine Reklamation unterzubringen? Das ist frustrierender, ergebnisloser als bei der schlimmsten staatlichen Bürokratie.

**privare:** In Berlin haben wir Wahlkampf, wie können wir den nutzen?

**Werner Rügemer:** In wachsenden Teilen der Bevölkerung reift das Gefühl heran, dass die Privatisierung nicht die versprochenen Ergebnisse bringt und dass die Politiker beschönigen und lügen. Ich spüre einen wachsenden Hunger nach fundierter Information.

### Das Gespräch führte Elisabeth Voß

**Werner Rügemer:** Privatisierung in Deutschland – Eine Bilanz. Von der Treuhand zu Public Private Partnership. Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2006.

## Noch ist der Zug nicht abgefahren

**Klaus Ihlau,  
Bahn für alle!**

Vor einiger Zeit machten wir Urlaub in der Eifel und reisten mit dem Rucksack von Ort zu Ort. In einem idyllischen Örtchen blieben wir länger. Früher fuhr hier mal eine Kleinbahn, heute ist die ehemalige Trasse ein toller Radweg. Also alles bestens? Die Überraschung kam, als wir am Wochenende weiter wollten. Bahn nicht mehr da, Busverkehr – Fehlanzeige. Wir waren auf die Hilfe eines freundlichen Dorfbewohners mit Auto angewiesen.

Bald könnte es in der Berliner Umgebung auch so kommen. Gerade erst hat der Bundestag beschlossen, die Zuschüsse für den Regionalverkehr bis 2010 drastisch zu kürzen. Der Geschäftsführer des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg hatte kurz zuvor für diesen Fall erklärt: „Wir hätten dann so gut wie keinen Verkehr mehr in der Prignitz und in der Lausitz. Wir müssten die Strecke nach Stettin wieder stilllegen. Wir müssten selbst auf den Strecken, in die wir gerade investiert haben, aufhören zu fahren.“

Ende September will der Deutsche Bundestag über den Verkauf der noch zu 100% im Bundesbesitz befindlichen Deutschen Bahn entscheiden. Dann wird der daraus gewonnene Profit zum wichtigsten Maßstab. Was käme dann auf uns zu?

Bahnhöfe, auch die gerade als Einkaufstempel mit Gleisanschluss errichteten, würden verscherbelt. Steckabbau, Preiserhöhungen und massiver Arbeitsplatzverlust wären unvermeidlich.

Noch ist der Privatisierungszug nicht abgefahren. Aber es ist höchste Eisenbahn, etwas zu tun. So hat sich das Aktionsbündnis „Bahn für alle!“ gegründet, ein Zusammenschluss verschiedener Gruppen, der sich für eine bürgernahe Bahn in öffentlichem Eigentum einsetzt. Die effiziente und kundenfreundliche Bahn im Nachbarland Schweiz könnte uns ein Vorbild sein.

Weitere Informationen unter:  
[www.bahn-fuer-alle.de](http://www.bahn-fuer-alle.de)

# Bahn \* für alle



## Sommernachmittagstraum

### **Kerstin Fürst, Vertrauensfrau in der Gewerkschaft Transnet**

Mit vielen Superlativen wurde über den neuen Berliner Hauptbahnhof berichtet. Kürzlich habe ich mir selbst angesehen, was mit den 700 Millionen Euro Steuergeldern angestellt wurde. Im unteren Geschoss ist es zwar angenehm kühl aber ansonsten gefällt mir dieser Einkaufstempel mit Gleisanschluss überhaupt nicht. Vor allem vermisse ich das Personal, welches mir z.B. Zugauskünfte geben könnte.

Ich trinke erst einmal einen Eiskaffee. In der Zeitung lese ich, dass es am S-Bahnhof Nordbahnhof einen Schweißbrand gab. Schlimm genug, aber zudem höre ich von Leuten vom Nachbartisch, dass in Rummelsburg ein Mann zwischen Bahnsteigkante und S-Bahn geraten ist. Er ist schwer verletzt.

Hätte dieses Unglück verhindert werden können? Vor einigen Monaten noch wäre Personal auf dem Bahnsteig gewesen. Ich lese weiter in meiner Zeitung. Das darf doch nicht wahr sein! Ein neues System zur Zugabfertigung wird an die S-Bahn geliefert. In einer Pilotanlage werden zunächst sechs Stationen auf dem S-Bahn-Ring sowie Züge verschiedener Baureihen mit einem neuen Bordrechner und einem Videoüberwachungssystem zur Zugabfertigung durch die Triebfahrzeugführer ausgerüstet. Jetzt sollen sie für die Dauer des Abfertigungsvorganges also auch noch den Bahnsteig und die Türen auf ihren kleinen Monitoren überwachen. Na prima! Haben die denn nicht schon genug zu tun? Die brauchen Nerven – wie auch die Aufsichten auf den Bahnhöfen. Sie fertigen nicht nur die Züge ab und geben Informationen weiter. Bei mir in Neukölln sind die Aufsichten auch so etwas wie Seelsorger und Sozial-

station. Seit Gründung der S-Bahn Berlin GmbH bzw. Beginn der Privatisierung der Bahn 1994 wird immer und überall Personal abgebaut, so dass auch die „Zapper“ nicht wissen, wie lange sie noch vor Ort sind. So etwas zermürbt.

Zukünftig werden nur noch einige wenige Bahnhöfe mit Personal besetzt sein. Die, die übrig bleiben, dürfen vielleicht die Bahnhöfe als Wachschatz „bestreifen“ oder die Züge putzen und das sicher für weniger Geld. Den Älteren wird der Vorruhestand schmackhaft gemacht. Seit Mai gibt es außerdem eine kollektive Arbeitszeitsenkung ohne Lohnausgleich. Wie das so weiter geht, kennt man ja. Erst freut man sich über die viele Freizeit. Und dann hat man zu viel davon, aber zu wenig Geld. Und dann werden Teile des Betriebes ausgegliedert oder verkauft. Das Schlüsselwort dafür heißt Betriebsübergang. Das spart nicht nur Rentenpunkte, sondern auch eine Menge Ärger mit Betriebsräten und Personal. Was so ein Ärger bedeuten kann, hat man ja während des Streiks bei CNH in Spandau erlebt, wo kein Bagger mehr ausgeliefert wurde. Über 100 Tage blieben die Kollegen standhaft und haben gekämpft. Respekt! Ob die 80.000 Eisenbahner auch kämpfen, bevor ihre Stellen bis 2010 abgebaut sein sollen? Die InterRegio-Züge werden verschrottet, Strecken werden ausgedünnt und als „Normalsterblicher“ kann man sich Bahnfahrten sowieso kaum noch leisten. Was ist nur aus dem guten Vorsatz der Bahnreform „mehr Verkehr auf die Schiene zu bringen“ geworden?

Weitere Informationen zum Börsengang der Bahn auf der Veranstaltung am 22. September, 19 Uhr, in der Medien Galerie, Dudenstraße 10, U-Bhf. Platz der Luftbrücke (siehe Veranstaltungen Seite 5)

und unter:  
[www.bahnvonunten.de](http://www.bahnvonunten.de)